

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **20 (1940-1941)**

Heft 7

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Zur Lage.

Historische Ereignisse haben die Entwicklung der Weltpolitik in den letzten Wochen bestimmt; allein da, wo Viele die wirkliche Entscheidung erwarteten, die sie mit dem Beginn des Oktober als gegeben annahmen, ist sie nicht erfolgt. England ist nicht geschlagen.

Und wieder einmal hatte sich die sogenannte öffentliche Meinung die Entwicklung ganz anders vorgestellt! Nach dem Zusammenbruch Frankreichs erschien auch die Position Englands kaum mehr haltbar. Mit einem massiven Invasionsversuch wurde gerechnet. Er ist bis heute nicht erfolgt. Zwar gehen Gerüchte um. Allein sie sind zu unbestimmt, als daß es sich lohnen würde, ihren Inhalt wiederzugeben. Sie stammen aus den besetzten Gebieten Frankreichs, von wo übrigens periodisch recht interessante Meldungen — über das Ausmaß von Schäden an der französischen Kanalküste beispielsweise — durchschlüpfen, die ihren Weg fast immer über Bichy nehmen. Im Laufe der für England gefährlichen Augustwochen, da man täglich mit der Offensive rechnete, da die Aussichten Englands in den Vereinigten Staaten äußerst ungünstig gewertet wurden — im Gegensatz zu heute, wo sich die Stimmen ungefähr die Waage halten —, erklärte der britische Botschafter in Washington, Lord Lothian, die Entscheidung liege in dem Umstand, ob England bis zum Oktober standhalten könne. Der Termin wäre ungefähr erreicht. England hat standgehalten.

Allein seine Verluste sind zweifellos sehr schwer. Fraglich bleibt indessen, ob das industrielle Potential des Landes durch die Bombardierungen bereits in wesentlichem Umfange zerstört worden ist. Der Umfang der in Betracht kommenden Anlagen einerseits und ihre Dezentralisation andererseits lassen — was die rein materielle Seite betrifft — diese Annahme kaum zu. Dagegen ist die psychische Wirkung zweifellos ganz anders einzuschätzen. Auch kann man sich kaum vorstellen, wie der Arbeiter, der Angestellte, der Ingenieur, kurz alle, auf deren Leistungsfähigkeit und Konzentration es schließlich ankommt, bei der täglichen und bei der nächtlichen Nervenbelastung durch die Bombardierungen auf die Dauer durchhalten sollen. Erfahrungen in dieser Richtung liegen zwar nicht vor. Sicher aber ist ein gewisser, progressiver Rückgang der Produktion. Dieser wird übrigens auch aus einer bestimmten, durch Nachtangriffe besonders betroffenen Gegend des Reiches gemeldet. Vielleicht besteht aber die Möglichkeit, durch Organisation von Ablösungen eine relative Leistung dauernd zu erhalten, indem zum Beispiel jeweils ein Teil der Belegschaft „auf's Land“ evakuiert wird und nach entsprechender Erholung die Arbeit wieder aufnimmt. Der Verlauf der nächsten Monate wird zweifellos über dieses ebenso grausame wie interessante Problem bessere Auskunft zu geben vermögen.

So haben wir denn aller Voraussicht nach mit weiteren Monaten des Krieges zu rechnen, und damit steht ein zweiter Kriegswinter vor uns, sofern nicht die Widerstandskraft Englands unter der Furchtbarkeit der Bombardierungen in den nächsten Wochen eben doch noch nachläßt. Jedenfalls hörte man in letzter, wenn auch nicht mehr in allerjüngster Zeit, einiges über einen Kompromißfrieden reden. Gewiß dabei ist nur, daß Fühlungnahmen stattgefunden haben, und zwar auch auf schweizerischem Boden. Allein in jüngster Zeit ist eher wieder eine Versteifung eingetreten. Britischerseits liegt die Ursache hiefür wohl in der zunehmenden Aktivierung der materiellen Unterstützung durch die Vereinigten Staaten. Die neue und intensive Periode dieser Unterstützung ist mit der Lieferung der fünfzig Zerstörer ein-

geleitet, mit der sich indessen, nach den neuesten Eindrücken, die amerikanischen Gegenleistungen für die Gewährung der Flottenstützpunkte nicht zu erschöpfen scheinen. Zweifellos steht weitere materielle Hilfe bevor. So ist bereits ganz offen von der Lieferung weiterer Teile der amerikanischen Flotte und von Kampfwagen der Armee die Rede. Und der Eintritt freiwilliger amerikanischer Piloten in die kanadische Luftwaffe nimmt weiter seinen Fortgang...

Angesichts der so gesteigerten Hilfe der Vereinigten Staaten, deren moralische Wirkung auf die englische Bevölkerung zweifellos von größter Bedeutung ist, erscheint ein Zusammenbruch der englischen Widerstandskraft, gerade weil diese zu einem guten Teile, wenn nicht vornehmlich, auf moralischen Elementen beruht, im jetzigen Zeitpunkt nicht wahrscheinlich. Zudem stehen die amerikanischen Präsidentenwahlen vor der Tür, aus denen aller Voraussicht nach — und zwar so oder so — eine weitere Intensivierung der amerikanischen Unterstützung sich ergeben wird, gleichgültig, welchem der beiden Kandidaten das Los zufällt — eine nie dagewesene Wahlsituation, die übrigens dem amtierenden Präsidenten umso größere Chancen geben muß, je weniger der Gegner sich den Grundelementen der von ihm vertretenen Außenpolitik — und der durch diese bedingten Innenpolitik (Rüstungspolitik) — zu widersetzen vermag, — diese vielmehr selbst zu übernehmen gezwungen ist!

Erwägungen, die sich aus dem intensivierten Mithalten der Vereinigten Staaten in dem Kampf um England ergeben und ferner aus der Feststellung fließen, daß der Krieg vor Beginn des Winters nicht wird abgeschlossen werden können, haben wohl die Achsenmächte zu dem weltgeschichtlich bedeutungsvollen Schritt vom 27. September veranlaßt: Militärbündnis mit Japan. Die wahre Bedeutung dieser Allianz werden allerdings erst ihre Auswirkungen erkennen lassen. Durch sie wird der weitere Kriegsverlauf ohne Zweifel entscheidend mitbestimmt. Ihre Spitze gegen die Vereinigten Staaten stellt eine gegebene Abwehrmaßnahme gegen die zunehmende Kriegsbeteiligung dieses Landes dar; allein auch die Allianz wird die fortschreitende Entwicklung der amerikanischen Politik in ihrem Verhältnis zum Kriege wohl kaum hindern können, weil sie in letzter Linie durch die Grundtendenzen der Politik der Vereinigten Staaten seit langem vorweggenommen ist, also in ihren Auswirkungen bereits „eskomptiert“ erscheint.

Während nun aber die Allianz, zur Zeit wenigstens, in das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu den Achsenmächten kaum eine größere Änderung zu bringen vermag — die bestehende Belastung durch die Unterstützung des britischen Kampfes wird jedenfalls nicht vermindert werden — sind ihre Auswirkungen auf die Beziehungen zu Japan bedeutungsvoll. Denn die durch die Allianz statuierte — und garantierte — Exklusivität der Ansprüche Japans „im großasiatischen Raum“ berührt direkt die Rechte der Vereinigten Staaten in den Philippinen und damit den Status quo im pazifischen Raum. Diese Exklusivität wendet sich in ihren Ausstrahlungen ferner gegen Niederländisch-Indien, gegen das bereits teilweise in Anspruch genommene Indochina und endlich gegen die Basen der britischen Herrschaft in Ostasien, mit Singapur. Dadurch aber muß sie die Vereinigten Staaten verstärkt auf den Plan rufen.

Während nun die Gründe, durch welche die Achsenmächte sich zu dieser Allianz bewegen fühlten, verhältnismäßig nahe liegen — durch sie soll die Intensität einer indirekten oder schließlich direkten Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kampfe Englands gemildert werden —, müssen die Motive Japans einigermaßen ungeklärt erscheinen. Denn durch die Proklamierung seiner Ansprüche im Pazifik erhöht es in akuter Weise die Spannung in seinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten; diese aber sind in der Lage, die japanische Kriegführung in China durch wirtschaftliche Maßnahmen ernstlich zu behindern. Außerdem werden dadurch die defensiven Bestrebungen Amerikas und Groß-

britanniens in jenen Zonen immer intensiver auf eine gemeinsame Linie geführt, und sie werden sich ohne Zweifel binnen Kurzem auch Niederländisch-Indien zum Gegenstand nehmen. Da aber die Tatsache des Abschlusses der Allianz kaum auf Konzessionsbereitschaft Japans, vielmehr auf Verstärkung seiner die amerikanischen Interessen direkt gefährdenden Ansprüche hinweist, wird dadurch die Kriegsgesahr in jenem Raum erhöht. Und doch wäre ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan für das zweite Land — China im Rücken! — äußerst riskant, und es ist wenig ersichtlich, wie die Achsenmächte in der Lage wären, in diesem Falle — selbst mit England im Kriege — dem Bundesgenossen wirksame Hilfe zu gewähren. Die Position Japans erscheint also, auf weitere Sicht ins Auge gefaßt, durch die Allianz wenig verbessert; die der Achsenmächte unter Umständen erleichtert.

Endlich ist die Haltung Rußlands mehr denn je durchaus unabgeklärt. Es sieht sich heute zwischen zwei durch eine Militäralianz verbündete Mächte gestellt. Ein Nichtangriffspakt mit Japan müßte für Rußland die Liquidierung eines großen Teiles seiner Ansprüche, soweit sie sich nach Osten richten, bedeuten, während die Allianz seine Handlungsfreiheit in der Richtung des Balkans — für später — verunmöglicht. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen der russische Kommentar äußerst vorsichtig ausgefallen ist; und ebenso vorsichtig wird auch die kommende Politik Stalins sein müssen — mehr noch als die bisherige! So bleibt die zukünftige Stellung Rußlands gegenüber der Tatsache dieser Allianz unabgeklärt — unabgeklärt ist aber andererseits auch die Haltung Rußlands gegenüber Japan, wenn dieses eines Tages zum Kriege mit den Vereinigten Staaten kommen sollte! Und diese Auseinandersetzung eben ist durch die Allianz ohne Zweifel in die Nähe gerückt!

So sehr zur Zeit die Anhaltspunkte fehlen, um die kommenden Auswirkungen des deutsch-italienisch-japanischen Bündnisses in Bezug auf die Weiterführung des europäischen Krieges zu übersehen, so klar erscheint eine andere Auswirkung grundsätzlicher Natur. Diese Allianz bedeutet mit ihrer Proklamierung der Exklusivität der Ansprüche Japans eine weitere, schwerwiegende Beeinträchtigung der Stellung Europas in der Welt, in seinem Verhältnis zu den anderen Kontinenten. Denn dies erscheint als das schon heute und zugleich einzig sicher voraussehbare Ergebnis dieses Krieges: daß die Machtstellung Europas, die Herrschaft europäischer Kultur, europäischer Wirtschaft, europäischen Geistes in fernen Kontinenten aufgegeben, zu Ende sein wird. Preisgegeben ist bereits der ostasiatische Raum — so verzichtet Deutschland implicite auf irgendwelche Wiederherstellung früherer kolonialer Ansprüche in jenen Zonen, oder auf die Übernahme von Positionen aus einer im Falle des Sieges sich ergebenden britischen Liquidation. Damit aber hat Europa eine seiner stolzesten Bastionen eine der Basen seiner Macht in der Welt, aufgegeben. Niemand kann sagen, was mit seinen übrigen asiatischen Stellungen geschehen wird. Wer weiß, ob es sich, kolonialisatorisch gesprochen, am Ende dieses Krieges nicht auf das dunkle Afrika verwiesen und beschränkt sehen wird!

* * *

Auf dem Felde der eidgenössischen Politik ist indessen eine Schlacht geschlagen worden, aus der in letzter Linie alle Beteiligten als geschlagen hervorgehen — vor allem aber, bedenkt man gewisse Rückwirkungen nach Außen, das Landesinteresse schweren Schaden davon trägt. Deshalb soll die unglückliche Audienzangelegenheit hier nur leicht gestreift werden. Es sind auf allen Seiten Fehler gemacht worden; gewiß. Allein es will uns scheinen, als sei die Angelegenheit doch zu sehr aufgebauscht, die Tatsache des Empfangs, der offenbar zur Information geschah, dem beteiligten Magistraten allzusehr als

Vergehen angekreidet worden. Dabei lag nur eine Ungeschicklichkeit vor, diese aber bestimmt. Weshalb fand die Unterredung ohne Zeugen statt? Weshalb wurde kein Protokoll geführt? Fragen, die schon dadurch allein das Unglückliche der Situation beleuchten, daß man sie überhaupt stellen muß. Auf Seiten der Empfangenen liegt wohl das Verschulden in der Abfassung der Mitteilung, die in ihrer Fassung das Einverständnis des Empfangenden unterstellte, was unrichtig war.

Allein auch die Parteien boten, bei der „Erledigung“ der Angelegenheit, kein erhebendes Bild. Es kann nicht als angemessen bezeichnet werden, und es entsprach gewiß auch nicht der Bedeutung des „Delikts“, daß — vor den Augen des Auslandes! — in dieser Weise gegen unseren höchsten Magistraten losgezogen wurde, und daß das unerquickliche Thema ungefähr zehn Tage lang den Blätterwald zum Rauschen bringen mußte. Die Uneinigkeit der Parteien vervollständigte das unerquickliche Bild, in dem natürlich auch die zu solchen Gelegenheiten stets „fällige“ Indiskretion nicht fehlen durfte. Übrigens ist sonst unsere Zensur stets rasch zur Hand. Warum hat sie nicht diesmal, im Landesinteresse, rechtzeitig eingegriffen?

So viel Fragen, so viel Lücken. Oftmals meldet sich das Gefühl, als habe sich die Erkenntnis vom Ernste unserer außenpolitischen Situation bei vielen maßgebenden Leuten noch keineswegs durchgesetzt. Undernfalls wäre diese Angelegenheit, mit ihrem Kattenschwanz von Ungereimtheiten und Ungeschicklichkeiten, nicht nach guter alter Friedenssitte „abgewickelt“ worden! Zu gleicher Zeit, und das mag die Unsicherheit noch verstärkt haben, sind übrigens auf einem anderen Gebiete erhebliche Ungeschicklichkeiten vorgekommen, und der Fall ist um so gravierender, als er vor dem Ausland spielte.

Wir sollten uns endlich darüber im klaren sein, daß wir uns solche Dinge, wie diese Audienzangelegenheit und andere, mit allen und von allen Beteiligten begangenen Fehlern und mit all' den vielen gezeigten Schwächen heute einfach nicht mehr leisten können! Unsere Lage erlaubt solche Familienstreitigkeiten, deren Austragung in normalen Zeiten oftmals sogar heilsam sein mag, heute nicht mehr. Denn mit jeder dieser Auseinandersetzungen geht, dessen mögen wir uns bewußt sein, ein weiteres Stück unserer Position gegen Außen verloren.

Die Sozialdemokraten haben in ihrer Erklärung zur Erledigung der Angelegenheit darauf gehalten, ihre besondere Entschlossenheit zur Sicherung unseres Vaterlandes und seiner Freiheit zu betonen. Sie haben sich dabei bewußt wieder in den Vordergrund zu drängen verstanden. Durch das Verhalten der Parteien ist ihnen dieses Vorgehen zweifellos erleichtert worden. Darin liegt, seitens unserer bürgerlichen Parteien, eine Verkennung der politischen Situation und ihrer Erfordernisse. Es wäre nachgerade wirklich an der Zeit, diese Partei dorthin zu verweisen, wo sie, nach ihren politischen „Leistungen“ hingehört, nämlich auf die hinteren Bänke des Orchesters. Es erscheint unverständlich, daß einer Partei in solchem Maße der Vordergrund freigegeben wird, die noch vor kurzer Zeit das Schicksal unseres Landes mit den Ideen der Volksfront verknüpfen wollte, die so manches Volk dem Untergang geweiht haben. Wo stände heute unser Land, was wäre aus ihm geworden, wenn das Volk auf diese falschen Propheten, auf die Worte dieser verblendeten Doktrinäre gehört hätte? In der Rolle der Retter des Vaterlandes machen diese Leute, die noch vor kurzem jede Rüstung bekämpften, einen denkbar ungünstigen Eindruck. Es wäre an der Zeit, daß die bürgerlichen Parteien dem vorlauten Benehmen dieser Kapitolswächter endlich zu begegnen wüßten.

Zürich, den 1. Oktober 1940.

Jann v. Sprecher.